

# „Der Lehrer sei arm, aber brav!“

## Eine Salärvergleichsstudie des renommierten Wirtschaftsprüfungsunternehmens PricewaterhouseCoopers zeigt: Die Lehrerinnen und Lehrer sind massiv unterbezahlt!

In der 100-Jahr-Jubiläumsnummer des Schulblatt Aargau und Solothurn von 1981 hielt der frühere alv-Sekretär Alfred Regez Rückschau auf 100 Jahre Besoldungspolitik des Kantons Aargau. Zwei Konstanten zeigten sich: Die Löhne der Lehrpersonen hinkten immer weit der Wirtschaft hinten nach, und – besonders störend – das Staatspersonal wurde immer höher und verlässlicher besoldet.

1971 wurde in einer umfassenden Lohnrevision die Gleichbehandlung des Verwaltungspersonals mit der Lehrerschaft beschlossen und die Lehrerlöhne (damals tatsächlich noch in grosser Mehrheit Männer) massiv angehoben. Es schien, als ob das Zitat aus dem 19. Jahrhundert - „Der Lehrer sei arm, aber brav!“ – endgültig der Vergangenheit angehören würde. Die zwanzig Jahre von 1971 bis 1991 dürfen mit Recht als die Goldenen

## Die zwanzig Jahre von 1971 bis 1991 dürfen mit Recht als die Goldenen Jahre der Lehrerbesoldung betrachtet werden

Jahre der Lehrerbesoldung betrachtet werden. Die Löhne bewegten sich auf einem anständigen Niveau, die Verlässlichkeit des Arbeitgebers war hoch.

Doch ab 1991 setzte eine Rückkehr in die Zeit vor 1971 ein: Stück für Stück wurden die Errungenschaften wieder abgebaut, die kleinen Verbesserungen des Lehrerlohndekrets von 2005 wurden in den fünf Jahren darauf schnell wieder beseitigt.

Der alv warnte laufend davor, dass diese Zerstörungspolitik der Qualität der Schule massiv schaden werde. Nur: Solange der Kanton genügend Lehrerinnen fand (Lehrer allerdings nur noch in marginaler Zahl), war die Sache für ihn in Ordnung. Warum einen guten Lohn bezahlen, wenn es auch mit einem tiefen geht? Heute allerdings liegt der Schaden auf dem Tisch, und er wird – aber nur wenn jetzt entschlossene Verbesserungen eingeleitet werden – erst in fünf bis zehn Jahren behoben sein. Die Attraktivität des Lehrberufs ist so sehr gesunken, dass sich an unserer Pädagogischen Hochschule höchstens noch ein Drittel des benötigten Bedarfs ausbilden lässt. Neu ist eben, dass sich nicht nur Männer vom Lehrberuf abwenden, sondern zunehmend auch Frauen.

### Was zeigt die PricewaterhouseCoopers-Studie?

Für den Bereich der Volksschule werden die Löhne der Primar und der Sek-I mit anforderungsgleichen Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung, der Finanzdienstleistung und der übrigen Industrie verglichen, beim Berufseinstieg und nach sechs Dienstjahren. Als Vergleichskanton wurde der Kanton Bern ausgewählt. Die Negativ-Abweichungen der Saläre der Lehrpersonen bewegen sich zwischen 33% und 86%.

<u>Funktion</u>	<u>Public</u>	<u>Finanz</u>	<u>Industrie</u>
Prim Einstieg	- 56%	- 71%	- 61%
Prim 6 Jahre	- 67%	- <b>86%</b>	- 68%
Sek I Einstieg	- <b>33%</b>	- 46%	- 37%
Sek I 6 Jahre	- 42%	- 58%	- 43%

Die ganze Studie ist einsehbar auf der Homepage des Dachverbands LCH: [www.lch.ch](http://www.lch.ch).

Das Ergebnis der Salärstudie ist sowohl erklärlich als auch schockierend. Es ist erklärlich, weil sich seit zwanzig Jahren eine Schere öffnet zwischen den immer schlechteren Anstellungsbedingungen (beispielsweise verdienen die Lehrpersonen an der aargauischen Volksschule vor zwanzig Jahren real mehr als heute!) und den gestiegenen Anforderungen an die Ausbildung und die Tätigkeit der Lehrpersonen. Schockierend ist, dass die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen zunehmend leidet, zunächst weil in der Not halt

**Wer übernimmt dafür die Verantwortung? Wer geht hin und erklärt den Jugendlichen: Ihr müsst zwar einen verschlechterten Unterricht akzeptieren, wir aber sparen Geld!**

irgendwelche Personen auch ohne Qualifikation in der Schule angestellt werden, zunehmend aber auch weil Unterrichtsangebote gestrichen werden. Es stellt sich somit eine grundlegende Frage: Wer übernimmt dafür die Verantwortung? Wer geht hin und erklärt den Jugendlichen: Ihr müsst zwar einen verschlechterten Unterricht akzeptieren, wir aber sparen Geld!

Die ersten Reaktionen auf die Salärstudie von Seiten der Bildungsdirektionen zeigen, dass man erst halbherzig bereit ist, dazuzulernen. Die Zürcher Regierung will den Einstiegslohn der Primarlehrpersonen auf einen Jahreslohn von 90'000.- anheben (zum Vergleich: Aargau 75'000.-) und die Lohnentwicklung verstetigen. Generell aber wird den Lehrpersonen der Vorwurf gemacht, sie jammern zu viel, der Lehrerberuf sei doch ein schöner Beruf. Deshalb sei hier mit aller Klarheit festgehalten:

1. Der Vorwurf des Jammerns an die Adresse der Lehrerorganisationen ist völlig deplatziert. Es sind die Lehrerorganisationen, die arbeitsplatzrelevante Studien in Auftrag geben, um die Probleme bei der Rekrutierung von Lehrpersonen erkennen und lösen zu können. Dies wäre eigentlich Aufgabe der Arbeiterschaft. Warum tun dies die Erziehungsdirektionen nicht?
2. Es gibt kaum eine sinnvollere Tätigkeit als die Bildung von jungen Menschen. Deshalb ist die Bildung die wichtigste Staatsaufgabe. Damit Bildung stattfinden kann, braucht es fähige junge Menschen, die Lehrerinnen und Lehrer werden. Dies erfolgt nur, wenn die Anstellungsbedingungen konkurrenzfähig sind.

Wenn die Kantone nun endlich ihre Hausaufgaben machen und die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen deutlich verbessern, sind grosse Finanzbeträge nötig, weil es viele Lehrpersonen gibt. Dies darf allerdings kein Grund sein, davor zurückzuschrecken. Denn es käme den Personalverantwortlichen von ABB Schweiz ja auch nicht in den Sinn, ihre Angestellten schlecht zu entlohnen mit der Begründung: Es tut uns leid, aber ihr seid halt so viele. Völlig falsch ist der Vorwand, unser Staat könne sich eine anständige Entlohnung der Lehrpersonen nicht leisten. Die Schweiz gibt 6.1% des Bruttosozialprodukts für Bildung aus, die OECD-Norm ist 10%. Wir können und müssen uns mehr für die Bildung leisten. Der Kanton Aargau mit dem Rating AAA (das heisst, er kann gar nicht kreditwürdiger sein) weist eine Staatsverschuldung von etwa zwei Milliarden auf, verfügt aber über ein Vermögen von weit über vier Milliarden (Immobilien, Anteile an Banken und Elektrizitätsverteilungsgesellschaften etc.). Es kann keine Rede davon sein, dass der Aargau nicht zusätzliche Mittel in die Bildung investieren könne.

Im Hinblick auf die Überarbeitung des Lohndekrets hat der alv folgendes Programm definiert:

- Lohn: Konkurrenzfähiger Lohn im Vergleich mit den Löhnen der Lehrpersonen der Nachbarkantone und anderer Hochqualifizierten gemäss der Studie von PWC; steilerer Anstieg der Lohnkurve.
- Verlässlichkeit: Konstanz beim Anstellungsgrad, beim Teuerungsausgleich und bei der Lohnentwicklung.
- Arbeitszeit: Zeitbudget für die Arbeit der Klassenlehrperson im Umfang von einer Lektion, Reduktion der Lektionenverpflichtung, gleiche Lektionenverpflichtung in der gesamten Volksschule.
- Berufsperspektive: Einrichtung eines Laufbahnmodells

Davon sind in einem ersten Schritt (bei der Revision des LDLP) zu realisieren:

- Lohn: Es gibt zwei Lohnstufen: Primarstufe samt Kindergarten und Sekundarstufe I. Die Ansätze sind höher als der Markt, definiert als Vergleich der Löhne der Lehrpersonen in den Nachbarkantonen; die ersten beiden Wartejahre bei der Lohnkurve fallen weg.
- Verlässlichkeit: Konstanz beim Anstellungsgrad, beim Teuerungsausgleich und bei der Lohnentwicklung
- Arbeitszeit: Zeitbudget für die Arbeit der Klassenlehrperson im Umfang von einer Lektion

Mit diesen Forderungen befindet sich der alv in guter Gesellschaft. Auch die Eidgenössische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren forderte 2008 in ihrer Publikation „Lehrberuf“ eine Neudefinition der Lektionenverpflichtung gemäss den zusätzlichen Berufsaufträgen wie Individualisierung des Unterrichts u.a. und „eine Besoldung, welche gegenüber den häufigsten Konkurrenzberufen für leistungsorientierte und intelligente Maturandinnen und Maturanden besteht und gleichzeitig als Ausdruck der öffentlichen Wertschätzung verstanden werden kann.“ Liebe Erziehungsdirektoren und Erziehungsdirektorinnen, ist man da versucht auszurufen, setzt doch in euren Kantonen einfach um, was ihr in Bern versprochen habt!

Es stellen sich nebst der ungenügenden Konkurrenzfähigkeit unserer Löhne und generell unserer Anstellungsbedingungen zusätzliche Probleme, nämlich rechtliche: Wie auch andere Kantone bezahlt der Kanton Aargau seinen Lehrpersonen tiefere Löhne als seinem Verwaltungspersonal. Es stellt sich die Frage: Wie will das der Kanton Aargau rechtfertigen?

Lehrer (im Gegensatz zu Lehrerinnen) am Kindergarten und an der Primarschule sind eine verschwindende Minderheit. Es handelt sich bei diesen beiden Berufskategorien um

## Wie will das der Kanton Aargau rechtfertigen?

Frauenberufe. Es ist bezeichnend, dass hier die Löhne am schlechtesten sind. Doch eine Unterbezahlung von Frauenberufen verstösst gegen die Bundesverfassung. Auch hier die Frage: Wie will das der Kanton Aargau rechtfertigen?